

An die Österreichische Bundesregierung
z. Hdn. Herrn Bundeskanzler Werner Faymann
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien



Wien, am 7. November 2013

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann!

Vor wenigen Wochen wurde der Bericht des Weltklimarates veröffentlicht. Er macht unmissverständlich klar, dass wir uns auf eine Zukunft zubewegen, die von unbeherrschbaren Auswirkungen des Klimawandels geprägt sein wird, wenn wir nicht gegensteuern.

Es gibt noch die Chance den Klimawandel soweit aufzuhalten, dass eine lebenswerte Umwelt für uns alle erhalten werden kann. Dafür muss sich zuallererst das Bewusstsein für die Gefährlichkeit des Klimawandels auf allen Ebenen der Gesellschaft ändern: **Bitte machen Sie den Einsatz gegen den Klimawandel, für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit zu einer Priorität für die kommende Legislaturperiode und machen Sie Klimapolitik zur „Chefsache“.**

Um den Klimawandel einzudämmen, muss jedes einzelne Land seinen fairen Beitrag leisten. Wir ersuchen Sie daher sicherzustellen, dass sich Österreich bei den kommenden Klimaverhandlungen in Warschau dafür einsetzt, dass so schnell wie möglich weltweit CO₂-Reduktionsziele gesetzt werden, die es erlauben ein stabiles Klima, innerhalb der ohnedies schon unvermeidlichen Erwärmung zu erhalten. Dazu soll auch Österreich engagiert beitragen und seine CO₂-Emissionen bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Diese Reduktionsziele sollen zudem in einem völkerrechtlich bindenden Vertrag festgeschrieben werden.

Ein erster notwendiger Schritt Seitens Österreichs als Teil der EU ist es, dass sich die Republik dafür einsetzt, dass die EU ihre Klimaziele deutlich verbessert. Notwendig ist, bis 2030 drei Ziele zu erreichen: 55-60 Prozent CO₂ Reduktion gegenüber 1990, 40 Prozent weniger Energieverbrauch als 2005 und 45 Prozent erneuerbare Energie im Energiemix. Das setzt auch eine verbindliche Anpassung der österreichischen Klimaziele voraus.

Gleichzeitig ersuchen wir Sie sicherzustellen, dass Österreich nicht nur seine Verantwortung im Inland wahrnimmt, sondern auch jene unterstützt, die bereits heute von den Folgen des Klimawandels lebensbedrohlich betroffen sind oder alleine den Weg in eine nachhaltige Energiezukunft nicht bewerkstelligen. Da Frauen von den Folgen des Klimawandels in besonderem Maße betroffen sind, muss Geschlechtergerechtigkeit in Lösungsansätzen immer mitgedacht werden.

Österreich sollte seinen internationalen Zusagen nachkommen und transparent nachvollziehbar seine Klimafinanzierung in einem ersten Schritt auf mindestens 80 Mio. Euro jährlich für die Finanzierungsperiode 2013–15 aufstocken. Das ist weniger als die Hälfte jener Summe, die der Staat jährlich allein für die Straßenbeleuchtung aufbringt. Die in der 2013 neu beschlossenen Österreichischen Klimafinanzierungsstrategie erwähnten, jedoch nicht fix zugesagten 40 Millionen Euro jährlich sind einem der reichsten Länder der EU keineswegs angemessen. Diese Mittel sind zusätzlich zu den ODA-Verpflichtungen zu sehen. Sie sollten insbesondere für die Anfangsdotierung des 'Green Climate Fund', die Aufstockung des chronisch unterdotierten Auslandskatastrophenfonds, für Katastrophenvorsorge sowie für bilaterale von der ADA abgewickelte Klimaprojekte eingesetzt werden, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Projekten in den Bereichen Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Waldschutz gewährleistet sein muss. Österreich gehört mit 0,28% des BNE bei den Beiträgen zur Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nach wie vor zu den Schlusslichtern in Europa (Referenz 2012). Nur die wirtschaftlichen Problemfälle Portugal,

Griechenland, Spanien und Italien zahlen noch weniger. Damit ist das Ziel, 0,7% des BNE im Rahmen der Millennium-Entwicklungs-Ziele zu zahlen, nach wie vor in weiter Ferne.

2015 laufen die Millenniumsentwicklungsziele aus und sollen durch eine Entwicklungsagenda bzw. Globale Entwicklungsziele abgelöst werden, die für alle Länder der Welt gelten und mit den auf der Rio+20 Konferenz angeregten Sustainable Development Goals verschmolzen werden. Wir appellieren an Sie, sicher zu stellen, dass sich Österreich im Zuge der diesbezüglichen Verhandlungen für ein eigenes CO₂-Reduktionsziel einsetzt.

Wir ersuchen Sie, die Zivilgesellschaft in alle klimapolitisch relevanten Entscheidungsprozesse einzubinden. Für einen informativen Austausch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen,

Heinz Hödl/KOO

Max Santner/ÖRK

Andrea Wagner-Hager/CARE Österreich

Annelies Vilim/AGGV

Andrea Johanides/WWF

Johannes Steiner/IUFE

Johannes Wahlmüller/GLOBAL 2000

Vera Besse/SOL

KOO, ÖRK, CARE, SOL, AGGV, WWF, IUFE, Global 2000

Im Namen der Österreichischen Allianz für Klimagerechtigkeit

Kopie ergeht an: Vizekanzler und BM Michael Spindelegger, BM Gerald Klug, BM Doris Bures, BM Maria Fekter, BM Karlheinz Töchterle, BM Alois Stöger, BM Rudolf Hundstorfer, BM Gabriele Heinisch-Hosek, BM Johanna Mikl-Leitner, BM Claudia Schmied, BM Reinhold Mitterlehner, BM Nikolaus Berlakovich, BM Beatrix Karl, Staatssekretär Sebastian Kurz, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Staatssekretär Josef Ostermayr, Staatssekretär Andreas Schieder, Delegationsmitglieder COP 19

